

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  <b>V0452/13</b> öffentlich	Referat	Referat V
	Amt	Amt für Soziales
	Kostenstelle (UA)	4700
	Amtsleiter/in	Frau Christine Einödshofer
	Telefon	3 05-16 20
	Telefax	3 05-16 29
E-Mail	sozialamt@ingolstadt.de	
Datum	28.08.2013	

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>	<b>Beschlussqualität</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	10.10.2013	Vorberatung	
Kommission für Seniorenarbeit	28.11.2013	Vorberatung	
Stadtrat	05.12.2013	Entscheidung	

**Beratungsgegenstand**

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept  
(Referenten: Herr Scheuer, Herr Engert)

**Antrag:**

Dem vorliegenden Seniorenpolitischen Gesamtkonzept für die Stadt Ingolstadt wird zugestimmt. Es stellt damit die Grundlage für die zukünftige Ausrichtung der Seniorenpolitik in Ingolstadt dar.

gez.

Wolfgang Scheuer  
Berufsm. Stadtrat

gez.

Gabriel Engert  
Berufsm. Stadtrat

## Finanzielle Auswirkungen:

**Entstehen Kosten:**             ja                     nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von            Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von            Euro müssen zum Haushalt 20            wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

## Kurzvortrag:

Nach Art. 72, 73 des Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch (AGSG) hat die Stadt Ingolstadt darauf hinzuwirken, dass entsprechend dem Bedarf Einrichtungen der Kurzzeit- und der Tagespflege, sowie stationäre Pflegeplätze zur Verfügung stehen. Dazu werden im Abstand von einigen Jahren entsprechende Pflegeprognosen angefertigt. Zuletzt ist dies 2011 vom Amt für Statistik der Stadt Ingolstadt mit einer Prognose bis 2030 erfolgt.

Mit einer Gesetzesänderung zum 01.01.2007 wurde der Art. 69 Abs. 2 AGSG neu gefasst. Danach hieß es erstmals: „Die Bedarfsermittlung ist Bestandteil eines integrativen, regionalen seniorenpolitischen Gesamtkonzepts, das nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ die Lebenswelt älterer Menschen mit den notwendigen Versorgungsstrukturen sowie neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen im ambulanten Bereich umfasst.“ In der Folgezeit wurden dazu noch diverse Empfehlungen und Handreichungen durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen herausgegeben.

Vertreter der Verwaltung haben 2008 und 2009 an verschiedenen Veranstaltungen und Workshops zur Vorbereitung eines eigenen Konzepts für die Stadt Ingolstadt teilgenommen.

Bereits 2008 wurden in Zusammenarbeit des Amtes für Soziales, des Gesundheitsamtes, des

Bürgerhauses und des Stadtplanungsamtes als erster Schritt Leitlinien für die Seniorenpolitik in Ingolstadt erarbeitet und im Januar 2009 durch den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familie gebilligt. In Veranstaltungen und Workshops wurden diese dann mit den Bürgern diskutiert. In Fortführung dieser Leitlinien fand im Januar 2010 das erste Gespräch mit der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA) in München zur Erstellung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts für Ingolstadt statt. Unter Federführung des Referats V sollten das Amt für Soziales und das Bürgerhaus, mit Unterstützung des Stadtplanungsamtes und des Gesundheitsamtes dieses Konzept für die Stadt Ingolstadt erarbeiten. Die AfA, unter Leitung von Frau Wennig, konnte für die Mitarbeit am Konzept gewonnen werden.

Für das Seniorenpolitische Gesamtkonzept der Stadt Ingolstadt wurden, als Ergänzung zur Pflegeprognose, 8 Handlungsfelder definiert. Im anliegenden Seniorenpolitischen Gesamtkonzept wird ausführlich beschrieben was die einzelnen Handlungsfeldern umfassen, wie damit gearbeitet wurde und zu welchen Ergebnissen man gekommen ist.

Für die einzelnen Handlungsfelder wurden Expertenrunden durchgeführt, an der zahlreiche Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Beratungsstellen, Krankenkassen und anderen sozialen Einrichtungen sowie Betroffene und ihre Angehörigen teilgenommen haben. Ebenso wurden Jahresberichte gesichtet, Bestandsaufnahmen durchgeführt und Befragungen ausgewertet.

Kurz zusammengefasst gab es zu den Handlungsfeldern folgende Ergebnisse:

- Wohnen zu Hause

Auch in Ingolstadt wollen die meisten Bürger in ihrer Wohnung bleiben. Ist der Verbleib in der angestammten Wohnung nicht mehr möglich, sind verschiedene Wohnformen wie das betreute Wohnen oder Projekte rund um das gemeinschaftsorientierte Wohnen möglich. In Ingolstadt gibt es bereits eine Reihe von betreuten Wohnangeboten. Eine Checkliste für interessierte Bürgerinnen und Bürger von der Stadt ermöglicht eine Orientierungshilfe über die unterschiedlichen Standards von betreuten Wohnanlagen. Diese ist auf der Website von Ingolstadt ([www.ingolstadt.de](http://www.ingolstadt.de)) erhältlich, sowie Informationen über dieses Thema von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen. Außer betreutem Wohnen ist das Interesse an gemeinschaftsorientierten Wohnformen wie z. B. generationenübergreifendes Wohnen oder das Wohnen in einer Wohngemeinschaft bei den Ingolstädter Bürgerinnen und Bürgern vorhanden. Die Aufgabe ist daher, das Zusammenleben verschiedener Generationen und Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen zu fördern und quartiersbezogene soziale Netzwerke entstehen zu lassen. Die Schaffung von geeigneten Wohnkomplexen ist schon jetzt ein Thema in der Stadtplanung und bei den Wohnbaugesellschaften. Nur durch die konstruktive Zusammenarbeit vieler Beteiligter (Interessierte, Stadt Ingolstadt, private Grundstückseigentümer, soziale Träger u.a.) können solche Projekte zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Initiatoren und Interessierte können sich an das Bürgerhaus, das Amt für Soziales oder an die Fachstelle für alternative Wohnformen wenden, das entsprechende Kontakte herstellt.

- Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit

Die Informationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum Thema „Älter werden“ ist nicht immer gleich ausgeprägt und die Anliegen sind auch sehr unterschiedlich. Wenngleich Art und Umfang des Beratungsangebots für Seniorinnen und Senioren als ausreichend angesehen werden kann, ist es notwendig, die Angebote den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder bekannt und vor allem transparent zu machen.

- Gesellschaftliche Teilhabe und Prävention

Viele Bürgerinnen und Bürger sind bereits in Vereinen, in Pfarrgemeinden, im Bürgerhaus oder in der Politik engagiert und bringen ihr Wissen und ihre Erfahrung mit ein. Diese

Rahmenbedingungen zu stärken ist Aufgabe aller Beteiligten. Soziale Kontakte und die Teilnahme an Angeboten sollen in Ingolstadt möglichst „barrierefrei“ möglich sein. Neben der Kommunikation und Begegnung ist in diesem Kontext auch eine angemessene Verkehrsinfrastruktur eine wichtige Voraussetzung für Mobilität. Gleichzeitig ist es sehr wichtig, in anspruchsvollen Bereichen tätige Ehrenamtliche zu schulen und zu begleiten. Wichtig ist auch Orte der Begegnung in den verschiedenen Stadtteilen und Quartieren zu etablieren.

- **Bürgerschaftliches Engagement**

In der Stadt Ingolstadt gibt es für Seniorinnen und Senioren breit gefächerte Engagementmöglichkeiten, getragen durch viele unterschiedliche gut vernetzte Einrichtungen. Es ist aber notwendig, eine professionelle Begleitung zu sichern. Im Hinblick auf die Größe von Ingolstadt müssen die Seniorengemeinschaften unterstützt und erhalten werden. Gleichzeitig sollte über die vielen Aktivitäten berichtet und über die verschiedenen Formen des Ehrenamts (mit und ohne Entschädigung) informiert werden.

- **Unterstützung pflegender Angehöriger**

Ein verbessertes Informationsangebot und ein flächendeckender Ausbau und die Vernetzung von niedrighwelligen Entlastungsangeboten in Ingolstadt sind notwendig, um die Bereitschaft, die häusliche Pflege familiär zu organisieren, zu erhalten und zu fördern. Dabei sollte auch eng mit den Hausärzten zusammengearbeitet werden.

- **Angebote für besondere Zielgruppen – alt gewordene Migrantinnen und Migranten**

Für die große, heterogene Gruppe der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund gibt es in Ingolstadt ein sehr breit gefächertes Angebot an Sprach- und Integrationskursen sowie Beratungsdienste und viele weitere Freizeit-, Bildungs- und Informationsmöglichkeiten. Durch die zunehmende Berufstätigkeit von Migrantinnen ist davon auszugehen, dass in Zukunft vermehrt ambulante Dienste und stationäre Einrichtungen zur Betreuung der pflegebedürftigen Angehörigen benötigt werden. Daher sollten die pflegenden Angehörigen über die Leistungen und Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten besser informiert werden. Die Kooperation zwischen stationären Einrichtungen, Sozialstationen, Sprachschulen, kirchlichen Einrichtungen, Kulturvereinen, ambulanten Diensten, Multiplikatoren und Migrationsbeauftragten der Stadt sollte dazu intensiviert werden.

- **Steuerung, Kooperation, Koordinationsstrukturen und Vernetzung**

Mit der Kommission für Seniorenarbeit wurde ein zentrales und bedeutsames Steuerungsinstrument geschaffen, das geeignet ist, die Seniorenarbeit in der Stadt Ingolstadt nachhaltig zu prägen. Dies sollte allerdings in der Öffentlichkeit stärker dargestellt werden. Daneben sind zwar zahlreiche weitere Vernetzungsgremien vorhanden, es könnten aber noch weitere, wie z. B. zwischen den Seniorengemeinschaften oder den Bezirksausschüssen, geschaffen werden.

Allgemein sollten für die Seniorenarbeit Quartierskonzepte entwickelt werden.

- **Hospizdienste und Palliativversorgung**

In der Stadt Ingolstadt gibt es eine gute Versorgung mit ambulanten und stationären Angeboten der Hospiz- und Palliativversorgung, die allerdings noch weiter bekannt gemacht werden sollte und unterstützt werden sollte.

Das nun vorliegende Seniorenpolitische Gesamtkonzept für die Stadt Ingolstadt ist eine Zusammenstellung der unterschiedlichsten Bereiche bewertet aus verschiedenen Blickrichtungen, versehen mit Empfehlungen für Maßnahmen. Es stellt damit die Grundlage für die zukünftige Ausrichtung der Seniorenpolitik in Ingolstadt dar.